

Studentische Mitverwaltung an der Wiener Universität.

Ein Erlaß des Rektors.

Um mehrfach geäußerten Wünschen von Universitäts-hörern nach einer Mitverwaltung der Hochschule entgegenzukommen, hat der Rektor der Wiener Universität Hofrat Prof. Dr. Becker nach einer Beratung mit dem akademischen Senat gestern, Dienstag, eine Kundmachung veröffentlicht, nach welcher der akademische Senat im November die Heranziehung einer Vertretung der Studierenden zur Teilnahme an der Verwaltung bestimmter Universitätseinrichtungen in Aussicht nahm, namentlich für die studentischen Wohlfahrtseinrichtungen und Disziplinarangelegenheiten.

Das Staatsamt für Unterricht hat nach Ausarbeitung der Vorschläge durch eine Kommission den Senat eingeladen, der Schaffung von Hochschulausschüssen und ihrer Heranziehung zur Mitverwaltung bestimmter Hochschuleinrichtungen weiterhin sein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Der Deutsche Burschenbund hat, wie die Kundmachung weiter mitteilt, namens der deutschböhmischen Studentenschaft die Wünsche für Schaffung einer Hochschulvertretung auf Grund des Verhältniswahlrechtes aufgestellt und eine Versammlung der sozialdemokratischen Studenten soll den gleichen Gegenstand verhandeln. Der Rektor begrüßt diese von studentischer Seite unternommenen vorbereitenden Schritte als Zeichen des Interesses, das bei den verschiedenen Gruppen der Studentenschaft für die Bildung einer studentischen Hochschulvertretung vorhanden ist, und richtet an die Studierenden der Wiener Universität die Einladung, Vorschläge und Entwürfe zur Schaffung eines gemeinsamen studentischen Vertretungskörpers dem Rektorat mitzuteilen.

Mit diesen von den akademischen Behörden eingeräumten Rechten in der Verwaltung der Hochschule erwächst für die Studentenschaft auch ein vermehrter Pflichtenkreis. Die Hörer übernehmen damit selbst die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Wahrung der akademischen Freiheit. Es tritt aber, namentlich an die einheimische deutsche Studentenschaft, die gebieterische Notwendigkeit heran, den Vorgängen an dieser Hochschule ein erhöhtes Interesse zu widmen und sich mit gesteigertem Eifer am akademischen Leben zu beteiligen. Ihnen ist nun auch ein gut Teil des Rufes unserer altherwürdigen Alma mater Rudolphina, dieser ältesten Pflanzstätte deutschösterreichischer Wissenschaft, anvertraut. Ihrer Wachsamkeit, ihrer einmütigen Tatkraft obliegt es nun, das Wesen der deutschen Universität gegen gewisse fremde Elemente wahren zu helfen. Dazu wird sich die deutsche Studentenschaft schon durch den Umstand veranlaßt sehen, daß gerade gewisse aus dem Osten stammende Hörer, die als Bürger eines fremden Staates nach den bestehenden Grundätzen eigentlich gar kein Mitbestimmungsrecht mehr hätten, die lautesten Rufer nach einer sofortigen radikalen Reform der Hochschulverwaltung waren. Es traten diese vor allem für die Gründung eines „allgemeinen“ Hochschulausschusses mit proportionaler Vertretung ein, das heißt einer Körperschaft, in der natürlich auch sie zumindest Sitz und Stimme hätten, eine Erscheinung, die wir allerdings in allen anderen Staaten bisher vergeblich suchen. Diese Forderungen wurden gestern, Dienstag, neuerlich in einer Versammlung jüdisch-sozialistischer Studenten erhoben, die im Anatomischen Institut stattfand. Die Korr. „Globe“ berichtet darüber: Die beiden Redner med. Stein und jur. Leichter legten die

Aufgaben des „Allgemeinen Hochschulausschusses“ dar, für den sie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht aller Hörer fordern, die gemeinsam mit den Lehrern die Verwaltung der Hochschulen übernehmen sollen. Der Ausschuss soll die wirtschaftlichen Einrichtungen der Studentenschaft, so die Mensa academica, verwalten, auf die Verleihung der Stipendien Einfluß nehmen, ebenso auf die Ueberlassung von Räumlichkeiten der Hochschule, er soll auch die Stellenvermittlung für studentische Arbeit betreiben, aber auch bei Berufungen (!) dort gefragt werden, wo es sich nicht um Forscher, sondern um Lehrer handelt. Es soll (angeblich) alle Politiken fern bleiben und nur sachliche Arbeit geleistet werden. In allen Reformfragen der Hochschulen wünscht die Studentenschaft gehört zu werden.

Ein Dozent, Dr. Schwarz, erklärte die Zustimmung der Dozenten (?) (mit welchem Rechte?), nur gegen die Mitwirkung bei Berufungen hätte er Bedenken. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der das allgemeine Wahlrecht, die Mitwirkung bei einer Reform des gesamten Hochschulbetriebes und die Mitarbeit des Ausschusses zur Befriedigung aller wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Studentenschaft verlangt wird.

Ein Vertreter der Deutschnationalen erhob gegen diese Forderung Widerspruch, ebenso erklärte Techniker Mittler, daß seine Verhandlungen mit den Deutschnationalen an der Technik scheiterten.

So weit dieser Bericht. So sehr es nun zu begrüßen ist, daß der akademische Senat der Wiener Universität nicht starr im Hergebrachten verharret, so kann man doch nur die Befürchtungen der deutschen Studentenschaft teilen, daß durch diese Art der „Reform“ die eigenen Volksangehörigen schwer benachteiligt und die akademische Ordnung schwer erschüttert würde.